

Protokolleintrag vom 15.04.2015

2015/107

Postulat von Alan David Sangines (SP) und Linda Bär (SP) vom 15.04.2015: Verhinderung von auf «Racial Profiling» basierten Kontrollen durch die Stadtpolizei

Von Alan David Sangines (SP) und Linda Bär (SP) ist am 15. April 2015 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie auf „Racial Profiling“ basierende Kontrollen durch die Stadtpolizei Zürich vollständig verhindert werden können.

Begründung:

Als Racial Profiling bezeichnet man die gezielte Kontrolle von Gruppierung aufgrund äusserer Merkmale, wie beispielsweise der Hautfarbe oder der Herkunft einer Person. In den USA ist Racial Profiling als Problematik erkannt und gesetzlich verboten, in den meisten Ländern Europas wird diese Problematik jedoch gemäss Menschenrechtsorganisationen noch immer unterschätzt. Die Ombudsfrau der Stadt Zürich hat in vergangenen Berichten mehrmals darauf hingewiesen, dass gewisse Kontrollen durch die Stadtpolizei Zürich den Merkmalen von Racial Profiling ziemlich nahe kommen und Verbesserungen vorgeschlagen. Das Polizeidepartement hat entsprechend gehandelt. Obwohl die Ombudsstelle eine Reduktion von entsprechenden Kontrollen festgestellt hat, wird von verschiedenen Seiten eine anhaltende Praxis von Racial Profiling durch die Stadtpolizei beklagt. Offensichtlich wurden zwar weniger Kontrollen im Bereich von Racial Profiling durchgeführt, dafür scheinen sich Personenkontrollen an bestimmten Orten intensiviert zu haben. Dies beispielsweise rund um die Autonome Schule Zürich in Altstetten, aber auch im Langstrassenquartier oder in der Nähe von Asylunterkünften. Und dies, obschon im Strategischen Plan des Polizeidepartements eine Regelung bezüglich dem Verhalten gegenüber unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen aufgenommen wurde. Insbesondere rund um die Autonome Schule Zürich haben diese Kontrollen abschreckende, belastende oder erniedrigende Auswirkung auf Asylsuchende, was in einer öffentlichen Protestaktion gipfelte. Aus diesen Gründen sollte der Stadtrat prüfen, ob und welche weiteren Massnahmen im Polizeidepartement getroffen werden müssen, um eine Häufung von Personenkontrollen an ausländischen Personen an bestimmten Orten zu verhindern.

Mitteilung an den Stadtrat